

# EFRE-Fördervertrag

Mittelprojekte (bis max. 100.000 € Gesamtkosten)

Projektcode

Projekttitel

Datum

im Rahmen des INTERREG VI-A Programms  
Bayern - Österreich 2021-2027

Im Rahmen des **INTERREG VI-A Programms Bayern-Österreich 2021-2027**, das von der Europäischen Kommission am 17.03.2022 mit der Nummer CCI-Nr. 2021TC16RFCB004 genehmigt wurde, wird unter Berücksichtigung der Verordnungen (EU) 2021/1060, (EU) 2021/1059 und (EU) 2021/1058

zwischen

der **Verwaltungsbehörde**

Land Oberösterreich  
vertreten durch das  
Amt der Oberösterreichischen Landesregierung  
Direktion für Landesplanung, wirtschaftliche und ländliche Entwicklung  
Abteilung Raumordnung – Koordinierungsstelle für EU-Regionalpolitik  
Bahnhofplatz 1  
A-4021 Linz  
– im Folgenden als **Fördergeber** bezeichnet –

und dem **federführenden Begünstigten** des Projekts (**Lead-Partner**)

<Name>  
<Anschrift>  
vertreten durch  
<Name>

und dem **Projektpartner 2**

<Name>  
<Anschrift>  
vertreten durch  
<Name>

und dem **Projektpartner 3**

<Name>  
<Anschrift>  
vertreten durch  
<Name>

– im Folgenden als **Förderempfänger** bezeichnet –

zum Zweck der Durchführung des Projekts

<Code> – <Projekttitle>

folgender privatrechtlicher

## VERTRAG

abgeschlossen:

## § 1 Förderzusage

(1) Dem Lead-Partner wird unter den nachfolgenden Voraussetzungen aus Mitteln des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) im Wege der Anteilfinanzierung ein nicht rückzahlbarer Zuschuss in Höhe von 75% der EFRE-förderfähigen Gesamtkosten, höchstens jedoch €  bewilligt.

(2) FAKULTATIV: Der Zuschuss gliedert sich wie folgt auf die Projektteilnehmer auf:

% der EFRE-förderfähigen Gesamtkosten des Lead-Partners 1, höchstens jedoch €  
(in Worten:  Euro) für „<Name>“

% der EFRE-förderfähigen Gesamtkosten des Projektpartners 2, höchstens jedoch €  
(in Worten:  Euro) für „<Name>“

% der EFRE-förderfähigen Gesamtkosten des Projektpartners 3, höchstens jedoch €  
(in Worten:  Euro) für „<Name>“

(3) FAKULTATIV:

a) Die Förderungen an Projektteilnehmer 1 - <Name> und Projektteilnehmer 2 – <Name> werden als De-minimis-Beihilfen entsprechend der VO (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen gewährt. Die gem. § 1 (2) zustehenden EFRE-Mittel der genannten <Anzahl> Projektteilnehmer werden jeweils zu 50% auf die beiden Mitgliedsstaaten „Republik Österreich“ und „Bundesrepublik Deutschland“ aufgeteilt.

b) Die Förderungen an ..... werden als Beihilfen im Sinne des Art ..... der AGVO (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung, VO (EU) Nr. 651/2014) gewährt.

c) Eventuelle mittelbare Beihilfen für assoziierte/partizipierende Organisationen während der Projektumsetzung werden als Beihilfen im Sinne des Art 20a der AGVO (Allgemeine Gruppenfreistellungsverordnung, VO (EU) Nr. 651/2014) gewährt. Der jeweilige Projektpartner, muss in diesem Fall den Kontrollstellen im Rahmen der Projektabrechnung alle assoziierten/partizipierenden Organisationen namentlich nennen, sowie den Gegenwert der mittelbaren Beihilfe bekanntgeben.

(4) Die Förderung wird für das vom zuständigen Euregio-Gremium am <Datum> genehmigte Projekt gewährt. Der finale Förderantrag vom <Datum> in der Fassung vom <Datum> inklusive der Anlagen ist Bestandteil dieses Vertrages.

(5) Falls sich die förderfähigen Kosten des Projekts vermindern, reduziert sich proportional auch die Förderung aus EFRE-Mitteln.

(6) Die Förderempfänger verpflichten sich zur Berichterstattung über die gewählten Indikatoren entsprechend dem Beiblatt zur Antragsstellung nach Projektende. Kann der Nachweis zur Erfüllung der Indikatoren gegenüber der Programmverwaltung nicht erbracht werden, kann dies zu finanziellen Konsequenzen führen.

(7) Für die Förderzusage ist zudem Folgendes (*alternativ: vom Euregio-Gremium erteilte*) zu beachten:

a) FAKULTATIV: Unabdingbarer Bestandteil dieses EFRE-Fördervertrages sind die für das genehmigte Projekt erforderlichen rechtsverbindlichen Verträge / Bescheide über die nationale Kofinanzierung. Kommt es zu Änderungen oder zur Auflösung dieser Verträge oder

Bescheide, so wird dies durch den Förderempfänger der Verwaltungsbehörde des Programms und der zuständigen Kontrollstelle mitgeteilt.

b) FAKULTATIV: allfällige Auflagen

.....

Der entsprechende Nachweis ist spätestens bis zum ersten Abruf von EFRE-Mitteln gegenüber der zuständigen Kontrollstelle (siehe § 6 Abs. 2 dieses Vertrages) zu erbringen.

*(sofern dies im Euregio-Gremium nicht anders definiert wird – individuell anzupassen).*

- (8) Die Vergabe von Aufträgen für Liefer-, Dienst- oder Bauleistungen öffentlicher Auftraggeber richtet sich nach den einschlägigen Bestimmungen des nationalen Vergaberechts.

## § 2 Dauerhaftigkeit des Projektes (Zweckbindung)

Jede wesentliche Änderung in Durchführung oder Bestand des Projekts ist dem Fördergeber unverzüglich mitzuteilen und bedarf seiner schriftlichen Zustimmung. Im Sinne der Bestimmung in Art. 65 der VO (EU) 2021/1060 darf das geförderte Projekt, das Investitionen in die Infrastruktur oder produktive Investitionen beinhaltet, innerhalb eines Zeitraumes von fünf Jahren nach der Abschlusszahlung an den Lead-Partner keine Änderungen erfahren, die seine ursprünglichen Ziele untergraben würden.

## § 3 Projektumsetzung

- (1) Für das Projekt wird folgender Durchführungszeitraum bestimmt:

Beginn: <Datum>

Ende: <Datum>

In begründeten Ausnahmefällen kann dieser Zeitraum auf Antrag geändert werden. Ein solcher Antrag ist mindestens 1 Monat vor dem jeweils maßgeblichen Zeitpunkt zu stellen.

- (2) Im Übrigen ist das Projekt nach dem folgenden Zeitplan umzusetzen:

		Datum der Berichtslegung
Berichtsperiode	01.01. .... – 31.12. ....	(immer 1 Monat später!)
Berichtsperiode		

Kann das Projekt nicht entsprechend des hier festgelegten Zeitplanes umgesetzt werden, ist dies unverzüglich nach Bekanntwerden des Umsetzungshindernisses, spätestens aber 1 Monat vor Ablauf der jeweiligen Berichtsperiode dem Fördergeber zur vorherigen Zustimmung mitzuteilen.

## § 4 Kosten- und Finanzierungsplan

- (1) Folgender Kosten- und Finanzierungsplan gemäß dem finalen Antrag bildet die Grundlage für diese Förderzusage und wird in den Einzelansätzen und in der Gesamtsumme für verbindlich erklärt:

## KOSTENPLAN

PT Name	Personalkosten	Büro- /Verwaltungs- kosten	Reise und Unterbringungs- kosten	Kosten externe Expertise und Dienstleistungen	Ausrüstungs- kosten	Infrastruktur- kosten	Restkosten	Gesamtkosten
	€	€	€	€	€	€	€	€
	€	€	€	€	€	€	€	€
<b>Gesamt</b>	€	€	€	€	€	€	€	€

## FINANZIERUNGSPLAN

PT Name	Eigenmittel	davon Einnahmen	Nationale öffentliche Mittel	Nationale private Mittel	EFRE-Mittel	Gesamt- kosten
	€	€	€	€	€	€
	€	€	€	€	€	€
<b>Gesamt</b>	€	€	€	€	€	€

- (2) Die Förderempfänger bestätigen, dass die Projektteilnehmer – über die dargestellten Finanzierungspläne hinaus – keine zusätzlichen öffentlichen Fördergelder für die beantragten Kosten in Anspruch nehmen.
- (3) Die Einzelansätze des Kostenplans [FAKULTATIV: auf Ebene der einzelnen Projektteilnehmer gemäß dem in Absatz 1 angeführten Kostenplan] dürfen bis max. 20 % überschritten werden, soweit die Überschreitung durch entsprechende Einsparungen bei den anderen Einzelansätzen ausgeglichen werden kann. Eine Abweichung innerhalb des Kostenplans um mehr als 20 % bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des Fördergebers.
- (4) Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich die beantragten Pauschalen (Büro- und Verwaltungsausgaben, Reise- und Unterbringungskosten, Restkosten und eventuell Personalkosten) aus den letztendlich anerkannten Ausgaben, auf deren Basis sie gewährt wurden, errechnen.
- (5) *(FAKULTATIV bei Ausrüstungskosten)* Es wird ausdrücklich festgelegt, dass gem. 2.5 (2) der Förderfähigkeitsregeln die Kosten folgender Ausrüstungsgegenstände, die Gegenstand des Projekts sind, zur Gänze aus dem Projekt finanziert werden können:

.....

## § 5 Förderfähige Ausgaben

- (1) Die Anrechenbarkeit von Projektkosten für die gewährte EFRE-Kofinanzierung richtet sich nach den einschlägigen europäischen Rechtsvorschriften sowie nach den in der Anlage angeführten „Gemeinsamen Regeln für die Förderfähigkeit von Ausgaben“ für das INTERREG Programm Bayern - Österreich 2021-2027.

## § 6 Abrechnungsmodalitäten und Auszahlung der EFRE-Mittel

- (1) Die Förderempfänger haben dafür zu sorgen, dass bei der Verrechnung von Eckkosten geeignete Rechnungsführungscodes (durch Projektcode und Projekttitel am Beleg) auf den Belegen enthalten sind.
- (2) Der Lead-Partner versichert, dass er die erforderlichen Unterlagen zur Abrechnungskontrolle (standardisierte Berichtslegung im elektronischen Monitoringsystem JEMS (abrufbar unter [jems.interreg-bayaut.net](http://jems.interreg-bayaut.net)), Belege, Zahlungsnachweise etc.) der zuständigen Kontrollstelle (First Level Control) bis zu einem Monat nach dem Ende des Berichtszeitraums vorlegt.

PROJEKTTEILNEHMER		KONTROLLSTELLE
Lead-Partner (LP 1)		

- (3) Wenn die Unterlagen gemäß Abs. 2 vollständig vorgelegt, geprüft und in Ordnung befunden wurden, veranlasst die Verwaltungsbehörde bei der rechnungsführenden Stelle (= Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie) die Auszahlung der EFRE-Mittel an den Förderempfänger.
- (4) Sofern der Lead-Partner nicht schriftlich ein anderes legitimes Konto bekannt gibt, werden die EFRE-Fördermittel auf folgendes Konto überwiesen:

Kontoinhaber:   
IBAN:   
BIC:   
Buchungstext

- (5) Eine Anweisung der EFRE-Mittel kann erst erfolgen, wenn diese tatsächlich dem Programm zur Verfügung stehen. Insofern haben die Projektteilnehmer das Finanzierungsrisiko zu tragen.
- (6) FAKULTATIV: Der Leadpartner verpflichtet sich, die anteiligen EFRE-Mittel (bei entsprechenden Kosten des Projektpartners) entsprechend dem Förderantrag bzw. §1 (2) ordnungsgemäß an die Projektpartner weiterzuleiten. Im Falle einer Rückzahlungsaufforderung durch den Fördergeber kann sich der Lead-Partner nicht damit entlasten, dass er sich auf eine Weitergabe der Fördermittel beruft.

## **§ 7 Mehrfachförderung**

Die Förderempfänger verpflichten sich zusätzliche öffentliche Fördermittel, die ihm oder den Projektpartnern zur Projektumsetzung gewährt werden und nicht im Finanzierungsplan gemäß § 4 Abs. 1 angegeben sind, dem Fördergeber umgehend bekannt zu geben.

## **§ 8 Rücktritt und Rückzahlungsverpflichtung**

- (1) Der Fördergeber ist zum sofortigen ganzen oder teilweisen Rücktritt von diesem Fördervertrag aus wichtigem Grund verpflichtet. Ein wichtiger Grund ist insbesondere gegeben, wenn
- a) die Förderung nicht oder nicht mehr für den vorgesehenen Zweck verwendet wird,
  - b) der Abschluss dieses Vertrages durch Angaben zustande gekommen ist, die in wesentlicher Beziehung unrichtig oder unvollständig waren oder der Fördergeber, Organe und Beauftragte der Europäischen Kommission oder sonstige programmeteiligte Stellen über maßgebliche Umstände unrichtig oder unvollständig informiert worden sind,
  - c) die Förderempfänger vorgesehene Kontrollmaßnahmen behindern,
  - d) Bestimmungen des europäischen Rechts, der programmspezifischen Förderfähigkeitsregeln oder der anzuwendenden nationalen Bestimmungen nicht eingehalten wurden.
- (2) Der Fördergeber ist zum sofortigen ganzen oder teilweisen Rücktritt von diesem Fördervertrag berechtigt, insbesondere wenn
- a) das geförderte Projekt nicht, nicht termingerecht oder anderweitig nicht entsprechend diesem Vertrag durchgeführt wird,
  - b) über das Vermögen der Förderempfänger vor dem ordnungsgemäßen Abschluss des geförderten Projekts oder innerhalb von 5 Jahren nach der Projektabschlusszahlung ein Insolvenz- bzw. Konkursverfahren eröffnet oder die Eröffnung des Insolvenz- bzw. Konkursverfahrens mangels Deckung der Kosten abgewiesen wird,
  - c) die Förderempfänger den Anforderungen an die Dokumentation der Projektabrechnungen und die Berichtslegung bzw. deren Vorlage, seinen Mitteilungs-, Nachweis- oder sonstigen Erklärungspflichten nicht oder nicht rechtzeitig nachkommen.
- (3) Tritt der Fördergeber vom Vertrag zurück oder wird der Vertrag infolge des Eintritts einer auflösenden Bedingung (insbesondere durch Wegfall des Partnerschaftsvertrages) unwirksam, so hat der Lead-Partner den bereits ausbezahlten EFRE-Betrag zu erstatten. Der Erstattungsbetrag ist

innerhalb eines Monats nach Eingang des Rückforderungsschreibens beim Förderempfänger zur Zahlung fällig. Falls vor gänzlicher Auszahlung der EFRE-Mittel einer der in Abs. 1 genannten Umstände eintritt, wird die weitere Auszahlung der Fördermittel eingestellt. Mit Rechtswirksamkeit der Kündigung erlischt der Anspruch auf die noch nicht geleisteten Teilbeträge der EFRE-Mittel.

- (4) Der vom Lead-Partner zu erstattende Betrag ist vom Tag der Auszahlung an zu verzinsen. Die Verzinsung richtet sich nach dem zum Fälligkeitstermin maßgebenden Basissatz für die Ermittlung der Referenz- und Abzinsungssätze der Europäischen Union (abrufbar unter [https://ec.europa.eu/competition-policy/state-aid/legislation/reference-discount-rates-and-recovery-interest-rates/reference-and-discount-rates\\_en](https://ec.europa.eu/competition-policy/state-aid/legislation/reference-discount-rates-and-recovery-interest-rates/reference-and-discount-rates_en)), zuzüglich 1,5 Prozentpunkte, und wird vom Fördergeber im Rückforderungsschreiben festgesetzt.

## **§ 9 Projektdokumentation und Mitwirkungspflichten**

- (1) Die Förderempfänger verpflichten sich, sämtliche das Projekt und seine Finanzierung betreffenden Unterlagen und Belege für einen Zeitraum von fünf Jahren ab dem 31. Dezember des Jahres, in dem die Verwaltungsbehörde die letzte Zahlung an den Begünstigten entrichtet, aufzubewahren.
- (2) Die Förderempfänger erklären sich bereit, bis zu fünf Jahren ab dem 31. Dezember des Jahres, in dem die Verwaltungsbehörde die letzte Zahlung an den Begünstigten entrichtet, den Organen und Einrichtungen der Rechnungshöfe, der Europäischen Kommission, des Fördergebers, der Prüfbehörde, der Bescheinigungsbehörde sowie deren Beauftragten
- a) jederzeit Auskünfte über das Projekt zu erteilen,
  - b) gemäß deren Auswahl Einsicht in die Bücher und Belege sowie in sonstige mit dem Projekt in Zusammenhang stehende Unterlagen zu gewähren,
  - c) während der üblichen Geschäfts- und Betriebsstunden sowie außerhalb dieser Stunden nach Vereinbarung das Betreten von Grundstücken und Gebäuden sowie die Durchführung von Prüfungen, die mit dem Vorhaben in Zusammenhang stehen, zu gestatten,
  - d) Einsicht in Belege, für die andere öffentliche Förderungen während der Projektlaufzeit gewährt wurden (ggf. auch rein nationale), zu gestatten, um Mehrfachförderungen auszuschließen.

Über Relevanz im Hinblick auf die Einsichtnahme in Belege und Bücher entscheiden die jeweiligen Prüforgane.

- (3) Außerdem erteilen die Förderempfänger ihr Einverständnis, dass
- a) die im Zusammenhang mit der gewährten Förderung stehenden Daten auf Datenträger gespeichert und an andere am Vollzug dieses INTERREG-Programms beteiligte Stellen, an die Europäische Kommission und / oder die mit der Evaluierung beauftragten Institute unter Wahrung von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen weitergegeben werden können,
  - b) er auf Anforderung im Rahmen von Evaluierungen bzw. bei der Erhebung von projektbezogenen Indikatoren oder Daten mitzuwirken bereit ist,
  - c) Name und Anschrift der Projektbeteiligten sowie Verwendungszweck, Höhe der Förderung und Projektergebnisse, etc. veröffentlicht werden.

## **§ 10 Informations- und Publizitätspflichten**

- (1) Die Förderempfänger verpflichten sich, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit auf die Förderung des Projekts durch die Europäische Union (EFRE) und durch das INTERREG-Programm Bayern – Österreich 2021-2027 unter Verwendung des entsprechenden Logos hinzuweisen. Die zu beachtenden Publizitätsvorschriften stehen auf der Programm-Homepage [www.interreg-bayaut.net](http://www.interreg-bayaut.net) zum Download zur Verfügung.
- (2) Die Förderempfänger verpflichten sich, der Kontrollstelle die Nachweise über die vorgenommenen Informations- und Publizitätsmaßnahmen spätestens im Rahmen der Endabrechnung vorzulegen.

## **§ 11 Ergänzende Regelungen**

Die Vertragsparteien kommen darin überein, dass

- a) der Gegenstand des vorliegenden Vertrags durch dieses Schriftstück einschließlich der angeführten Beilagen erschöpfend und abschließend geregelt ist,
- b) alle aus früherer Zeit noch allenfalls bestehenden, den Gegenstand dieses Vertrags betreffenden schriftlichen Vereinbarungen zwischen dem Fördergeber und dem Förderempfänger durch den vorliegenden Vertrag aufgehoben bzw. ersetzt werden,
- c) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrags zu ihrer Rechtswirksamkeit ausdrücklich als solche zu bezeichnen sind und der schriftlichen Form bedürfen,
- d) eine Amtssignatur oder eine fortgeschrittene elektronische Unterschrift (Signatur oder Siegel) als ausreichend für die Erfüllung der Schriftform angesehen wird, sofern zumindest durch ein Berechtigungs- und Rollenkonzept ein Verfahren zum Nachweis der Identität des Genehmigenden vorhanden ist,
- e) für den Fall, dass einzelne Bestimmungen dieses Vertrags unwirksam sein oder werden sollten, die übrigen Bestimmungen gleichwohl für die Vertragspartner bindend bleiben; in diesem Falle sind die Vertragspartner verpflichtet, anstelle der unwirksamen Regelung eine Vereinbarung zu treffen, die dem Sinn der unwirksamen Regelung möglichst nahe kommt,
- f) etwaige mit der Errichtung und / oder Durchführung dieses Vertrags entstehende Kosten, Gebühren, Steuern oder sonstige Abgaben von den Förderempfängern, alle übrigen Kosten, insbesondere alle Kosten einer rechtlichen Beratung oder Vertretung von dem Vertragspartner, der den Auftrag dazu erteilt hat, getragen werden.

## **§ 12 Geltungsdauer des Vertragsangebots und Wirksamkeit des Vertrags**

- (1) Das Vertragsangebot gilt als zurückgezogen, wenn nicht binnen drei Monaten nach dessen Absendung oder Aushändigung an die Förderempfänger eine unterschriebene Ausfertigung des Fördervertrags beim Gemeinsamen Sekretariat eingeht.
- (2) Dieser Vertrag tritt am Tage seiner Unterzeichnung durch die Vertragspartner rückwirkend mit Projektbeginn in Kraft und bleibt wirksam bis zu dem Zeitpunkt, zu dem Verpflichtungen aus der Inanspruchnahme von EFRE-Mitteln für dieses Projekt geltend gemacht werden können.

## § 13 Schlussbestimmungen

- (1) Dieser Vertrag unterliegt österreichischem Recht. Die Vertragspartner werden sich nach besten Kräften bemühen, alle sich aus dem Vertrag ergebenden Meinungsverschiedenheiten einvernehmlich zu regeln. Für den Fall, dass bei fehlender Einigung binnen einer angemessenen Frist der Rechtsweg zu beschreiten ist, bestimmen die Vertragsparteien hiermit Linz als maßgeblichen Gerichtsstandort.

Linz

Für den Fördergeber:

MMag. Markus Gneiß

Für den Lead-Partner

.....

(Ort, Datum)

(<Name>)

Für den Projektpartner .....

.....

(Ort, Datum)

(<Name>)

Für den Projektpartner .....

.....

(Ort, Datum)

(<Name>)

Beilagen zum Vertrag:

- finaler Förderantrag vom .....
- gemeinsame Regeln für die Förderfähigkeit von Ausgaben (Version .....)
- Informationsblatt zu den Publizitätsmaßnahmen

Muster